

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665.
Fernverkehr: Dönhofs 3636-3698. Telegramm-nr.: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Klein-Verkauf: kein Anzeigengeld für eine bestellte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anwieder] 15 Pf. Nr 472

SONNABEND, 1. OKTOBER 1932

ABEND-AUSGABE

Hamburgs Verkehr steht still Im Schatten Ottawas

Streik auf der ganzen Linie

Von DR. ALBRECHT GRAF MONTGELAS
Berichterstatler der Wossischen Zeitung

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

HAMBURG, 1. OKTOBER

Hamburg steht heute im Zeichen des Verkehrsstreiks. Seeh- und Untergrundbahn, Straßenbahn, Autobus und WasserstraÙenverkehr, die zum Interessensbereich der Hamburger Seehafen-Gesellschaft gehören, sind stillgelegt. Einiges Verkehrsmittel für das große Publikum ist die der Reichsbahn unterstellte elektrische Stadt- und Vorortbahn, die in doppelter Zugfolge und in doppelt starken Zügen den ungewohnten Ansturm des Publikums zu bewältigen hat. Außerdem hat die Polizeibehörde sofort die einschneidenden Bestimmungen für alle Autobusse aufgehoben, so daß doppelt so viel Kraftfahrzeuge auf den Straßen sind wie sonst. Sämtliche Liniennetze haben mit Privatautomobilen und Fernverkehrswagen bereits einen Notverkehr eingerichtet. Trotzdem haben viele Kaufleute heute morgen einen langen Fußmarsch zurücklegen müssen, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen.

Wahrscheinlich ist der Streik nicht gekommen, denn die seit Wochen geführten Lohnverhandlungen haben in den letzten Tagen auf des Meisters Seite. In der vergangenen Nacht haben die Arbeiter und Angehörigen der Verkehrsunternehmungen mit übermächtiger Mehrheit beschlossen, die Forderung der Arbeitgeber auf fünfprozentige Lohnsteigerung abzulehnen und einen sofortigen Streik zu proklamieren. Der Streik richtet sich nicht allein gegen die beschäftigte Lohnsetzung, sondern auch gegen die drohenden

Massenentlassungen, die infolge der beschlossenen drohlichen Verkehrsunterbrechung der Seehafen zu befürchten sind.

Bereits bei den letzten Verhandlungen verlusten die Arbeitnehmer, Sicherheiten zu erlangen, daß im Falle von Lohnrückfragen weitstens die Gefahr von Massenentlassungen ausgeschlossen würde. Zur Zeit finden noch keine neuen Verhandlungen zwischen der Seehafen-Gesellschaft und ihren Arbeitern und Angehörigen statt. Es ist daher auch nicht abzusehen, wie lang sich der Streik hinziehen wird.

Der Arbeitsminister greift ein

Im Tarifstreik des Hamburger Verkehrsgebietes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Verhandlungen in der Nacht vom 29. auf den 30. September um 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsetzung von 5 v. H. vorsch. auf Montag den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Auch die Hochseefischer streiken

In der Hochseefischerstreik ist heute ebenfalls der Streik ausgebrochen, der sich bis auf die großen Fischerhöfen Altona, Holtenauersee und Cuxhaven erstreckt. Die Streikenden wollen sich auf die Gewinne in den kleineren Häfen anziehen lassen. In Altona fanden heute vormittags auch Besprechungen statt, die sich aber verfruchtlos haben. Die Hochseefischer hat gegenwärtig ihre Saison, die bis Mitte November dauert.

Vor dem Hindenburg-Tag

Die Flut der Glückwünsche

Im Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße herrscht heute großer Betrieb. Alle Hände haben zu tun, um die Glückwünsche entgegenzunehmen, die sich schon zu Berge türmen. Telegramme, Briefe, Rundgebungen aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande, von Einzelnen, von Verbänden, Körperschaften, Behörden, Regierungen, bezeugen Achtung und Verehrung. Sie zeigen zugleich aus dem Vertrauen, das auch in Sundern von Büschigen und Wittgenstein zum Ausdruck kommt.

Unter den Glückwünschen der deutschen Länder ist in erster Linie zu nennen die Glückwünsche der Bayerischen und der Württembergischen Staatsregierungen. In dem Schreiben Bayerns heißt es: „Euer Exzellenz waren der ruhmreiche Führer und Helfer Deutschlands im Weltkrieg und in den bangen Tagen des Zusammenbruchs. Euer Exzellenz haben ihr ganzes Leben in selbstloser Hingabe und im Bewußtsein von höchster Verantwortung und Pflichtbewußtsein in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt.“

In größter Verehrung genießt das deutsche Volk an dem Jubeltage ihrer unerschütterlichen Verdienste.“

Württembergische Glückwünsche lauten: „An dem Begegnungspunkt unserer Treue zum Reich wird sich auch das ganze württembergische Volk an Ihrem Geburtstag um Euer Exzellenz scharen als dem getreuen Eckstein des Deutschen Reiches und dem ehrwürdigen Säulen seiner Verfassung. Wäge es Ihnen gelassen, unser geliebtes Vaterland mit glücklicher Hand durch alle die Stürme zu steuern, die es in seinen Grundfesten erschüttert haben. Wäge der Schutz des Allmächtigen mit Ihnen je!“

Dafür, daß die Parteipolitik auch unter den Glückwünschen nicht zu kurz komme, hat die Nationalsozialistische Preussische Landtagsfraktion gefordert. Sie hat folgendes Telegramm: „Dem Generalfeldmarschall des großen Krieges bezugliche Glückwünsche und die Bitte: Mit Adolf Hitler für ein starkes Preußen und Deutschland. Gott segne Sie!“ Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages, Wilhelm Rabe.

Das Abkommen wird der deutschen und belgischen Regierung zur Billigung unterbreitet werden.

Gröpfung der „Dela“

Heute vormittags fand in den Ausstellungshallen am Kaiserbaum der Festakt zu Beginn der Deutschen Zuspätschiebung in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste statt, unter denen sich auch viele Vertreter des deutschen Flugspportes befanden. Mit dem Wunsche „Gott und Freiheit der deutschen Zuspätschiebung“ erklärte der Reichsverkehrsminister Freiherr von Helldorf die Ausstellung für eröffnet.

(Über die Einzelheiten der Feier berichten wir auf der vierten Seite des Hauptblattes.)

Es war also eine Kabinettstunde und keine Regierungssitzung. Eigentlich hatte auch niemand zu diesem Zeitpunkt eine Regierungssitzung erwartet. Aber die Wünsche der ungeduldig am Zügel reichenden radikalen Tories und der aus parteipolitischen Gründen immer auf eine Krise hoffenden Labour-Opposition hatten in den allerletzten Tagen vor der Entschcheidung die Atmosphäre durch übertriebene und Breitenart in solche Richtung gedrückt, daß man wirklich an das Vernehmen eines größeren Sturms glauben konnte.

Es ist bei einem letzten Wind geblieben, der nur die Wälder abbläutete, die zum Fallen bereit waren. Das Kabinett ist noch am gleichen Tage, am dem Gewinnen, Samuel und Sinclair austreten, wieder ergänzt worden, und zwar „aus dem eigenen Veltand“. Neulingsgewonnen ist nur der Minister für Schottland, ein politisch unwichtiges Portefeuille, das eine steigende Zahl von Vertretern in Schottland selbst für ganz überflüssig halten und durch ein eigenes Parlament in Edinburgh ersetzt sehen mußten.

Nicht einmal der Ehrenposten im Kabinettskollegium, das Amt des Großjähriglehnsherrn, ist als rückstehende Auszeichnung an irgendeinen opponierenden Tory-Abgeordneten oder Lord gegeben. Die drei Verbleib der Premierminister seinem Mittelstücken Stanley Baldwin, und da dieser sofort erklärte, er werde sich die Wästen dieses neuen Amtes nicht entziehen lassen, spart der Staatsrat etwa 30 000 Soldatennach im Jahr.

Deutlicher konnte MacDonald dem Lande nicht demonstrieren, daß es keine Regierungssitzung war und daß sich nichts geändert hat und auch (vorläufig) nichts ändern werde. Das ist also (vorläufig) das einzige Resultat des Austritts der Samuel-Liberalen, die nicht „B“ sagen wollten, nachdem sie „A“ gesagt haben.

Diese Feststellung enthält den Grund, warum ihre öffentliche Demotivation einen unmittelbaren entscheidenden Einbruch nicht gemacht hat. Ihre Gegner haben es leicht, auf Antonienfragen hinzuweisen und vor allem auch darauf, daß die liberalen Minister in Wien, wo die Konferenz von Ottawa einberufen und was da geplant war. Warum sind sie schon nicht damals ausgetreten, als im Kabinett die Besichtigung der Konferenz beschlossen wurde? Denn nachdem sie einmal den Gedanken auf, daß das Britische Empire — ein Drittel des der industriellen Zivilisation anhängenden Erdballs — ein besonderes Gesamtproblem darstelle und einer globalen Gesamtregelung sich unterwerfen sollte, so kann das laienhaftige Resultat der Konferenz den jetzigen Schritt der liberalen Freiänder kaum rechtfertigen.

Grade das Hauptargumente Sir Herbert Samuels und seiner Freunde, daß durch das Abkommen von Ottawa die volle Souveränität Englands in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen beschnitten worden sei, klingt sonderbar im Munde liberaler Staatsmänner. Es ist das alte Argument der Rationalisten gegen jede wirtschaftliche Souveränität einer übernationalen Organisation, wie z. B. des Völkerbundes, auf rein politischem Gebiet. Es wundert vorüber jeden Versuch, größtenteils zum Besten vieler kleiner Einheiten zu bilden. In diesem speziellen Fall leugnet es eher will nicht anerkennen, daß in Ottawa der Anfang damit gemacht wurde, die Autarkieverträge, die auch die Dominions schon stark getroffen hatten, vorläufig wenigstens einmal zum Stillstand zu bringen und innerhalb des riesenhaften Gebiets des Empire den Abbau von Binnenzöllen und das Verständnis für freien Handel wenigstens einzuleiten.

Die Argumente der Samuel-Liberalen und vor allem ihre ausgezeichnete und klare Formulierung und Zusammenfassung in einem an die „Times“ gerichteten und von ihr wiederabgegeben Brief des betananten Nationalökonomen Sir Arthur Salter, sind alle sehr logisch und einleuchtend, soweit sie sich auf die Berechtigung allein zu beziehen. Sie werden aber sofort jede Bemerkung und vor allem jede Überzeugungstrafe, wenn man das in Ottawa begonnene Werk in seiner weiteren Tragweite betrachtet, besonders auch als beispielgebend für die in voller Wirtschafts-Souveränität zugrunde gelegten Einheiten außerhalb des Britischen Reiches, daß im Völkerbundesgebiet allein das Ziel nicht liegt, dafür und die Berechtigung allein zu beziehen. Sie werden aber die Frage, ob über den Weg größerer Einheiten binnenländischer Zollfreiheit das Ziel möglichst weitgehenden Freie-

Das erste Kontingent perfekt

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

BRUSSEL, 1. OKTOBER

Die Verhandlungen über die Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die die Belgische Regierung beschließt, wurden heute in Besprechungen mit der belgischen Regierung unter Leitung von Dr. Wälder vom Bundeswirtschaftsministerium zum Abschluß gebracht. Es ist eine grundsätzliche und eine beschließende Einigung erzielt worden. In Betracht kommen vor allem Getreide, Weizenbrot, Mehl, Hirsen, Butter, Röhre und Kalbfleisch.

Das Abkommen wird nicht mehr als 250 000 Mark als Ausfall für Belgien zur Folge haben. Als Kompensation scheint Belgien eine Befreiung der deutschen Rohwolle erreicht zu haben.